



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- M. - Anzeigen: die dreispaltige Zeile 150,- M., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 30,- M. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingezeichnet unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

### Der Wochenbeitrag ist ein Stundenlohn.

Für die Woche vom 26. März bis 1. April 1923 ist die Beitragsmarke in das mit 13 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Ergebnis der Abstimmung über die Vertagung des Verbandstages

Von 17780 abgegebenen Stimmen waren:  
Für die Vertagung... 11395 = 64,1 Proz.  
Gegen die Vertagung... 6266 = 35,2 Proz.  
Ungültige Stimmzettel 119 = 0,7 Proz.  
Demnach findet der im Jahre 1923 fallige Verbandstag nicht statt.  
Der Verbandsvorstand.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

#### Erhöhung der Ortsbeiträge.

**Frankfurt (Oder).** Auf 5 Brgg. des Verbandsbeitrages. Wiesbaden. Ab 9. Beitragswoche auf 20 M. für alle Mitglieder.  
**Würzburg.** Ab 11. Beitragswoche auf 50 M.  
**Magdeburg.** Ab 1. April für männliche Mitglieder auf 20 M. für weibliche Mitglieder auf 15 M.  
**Leipzig.** Ab 1. März auf 5 M.  
**Bautzen.** Ab 17. Februar auf 10 M. für männliche und 5 M. für weibliche Mitglieder.  
**Widau.** Ab 1. März auf 20 M. für männliche und 15 M. für weibliche Mitglieder.  
Der Verbandsvorstand gibt dazu die Genehmigung.  
J. A. C. Bucher, 1. Vorsitzender.

### Die Wirtschaftskrise

In Deutschland ist seit der Ruhrbesetzung eine Wirtschaftskrise eingetreten, die ihren Tiefstand sicher noch nicht erreicht hat. Die Zeit der Hochkonjunktur, die seit dem Waffenstillstand mit einer Unterbrechung zu Anfang 1920 herrschte, ist vorüber. Immer wieder wurde von erfahrenen Wirtschaftsexperten darauf hingewiesen, daß die gute Geschäftslage in Deutschland nur eine Scheinkonjunktur ist, hervorgerufen durch die schlechten Währungsverhältnisse, die ein Unterbieten der Weltmarktpreise möglich machten und den meisten Industriezweigen ein stilles Außenhandels-geschäft brachten.

In der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ wird darauf hingewiesen, daß die Krise bereits vor der Ruhrbesetzung in Sicht war und auch ohne sie eingetreten wäre. Die Weltkonjunktur hat sich gerächt. Die Industrie hatte infolge des leichten Abschlages wegen der Geldentwertung keinen Anlaß gefunden, ihre Produktion technisch zu vervoll-kommnen. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung haben fortwährend zugenommen; das Ausland dagegen machte die größten Anstrengungen, um der deutschen Konkurrenz zu begegnen. Produktionsverbilligung durch verbesserte Arbeitsmethoden, Rohherabsetzungen, verlängerte Arbeitszeit und vielfach auch durch handelspolitische Abwehr-maßnahmen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: die Konkurrenz der deutschen Tabak- und Schuhindustrie veranlaßte viele Länder, darunter auch das freihandelslose Holland, Abwehrmaßnahmen gegen diese Schleuderkonkurrenz zu treffen; heute sind diese Produktionszweige in Deutschland von der schwersten Krise heimgesucht. Auf der ganzen Linie gibt es Produktionsbeschränkungen mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Seit Mitte Februar bis Mitte März ist die Zahl der Unterhaltungsempfänger bei der Erwerbslosen-fürsorge um 15 Proz. gestiegen, obwohl bei Eintritt des Frühjahrs in der Landwirtschaft eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften eintritt. Ein weiteres Herausgehen der Arbeitslosenziffer ist für die kommende Zeit zu befürchten. Die Weltmarktpreise sind zwar trotz der Besserung der Markt infolge der Stützungsaktion der Reichsbank — außer der Textilindustrie — noch nicht erreicht. Die deutschen Preise sind durchschnittlich immer noch um etwa 30 Proz. geringer als die Weltmarktpreise, welche in der letzten Zeit eine steigende Tendenz zeigen; — trotzdem geht die Zusam-menfassung zurück, es laufen immer weniger Bestellungen vom Ausland ein. Die Kaufkraft der Bevölkerung im Inland ist erschöpft, da die Einkommen weder der Lohnempfänger noch der übrigen Schichten mit der Preissteigerung Schritt zu halten vermögen. Die Großhandelspreise sind zwar in

den letzten Wochen etwas zurückgegangen, dagegen zeigt der Index der Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten immer noch eine steigende Tendenz. Die Eisen- und Stahl-industrie des Ruhrgebietes, soweit sie überhaupt noch arbeitet, muß ihre Produkte aufstapeln, da diese in das unbesetzte Gebiet nicht befördert werden können. Die eisenverarbeitende Industrie des nicht besetzten Gebietes wird dadurch natürlich schwer getroffen. Die Rohstoffbeschaffung stößt auf die größten Schwierigkeiten; die angestrebte Förderung von Braunkohle im unbesetzten Gebiet und die gesteigerte Einfuhr aus England, der Tschechoslowakei und Polen können den Ausfall der Ruhrkohle schwer wettmachen. Im Februar sind von England 1000 097 Tonnen Kohle nach den deutschen Häfen verladen worden. Und obwohl seitdem die Einfuhr aus England noch zugenommen hat, zehrt die In-dustrie zumeist von alten Kohlenvorräten. Sicher ist, daß die Ruhrbesetzung die Wirtschaftskrise, die auch ohne sie ein-getreten wäre, weiter stark steigern wird.

Die Arbeiterschaft, die natürlich mit den Angestellten und Beamten am meisten unter der unglückigen Geschäftslage leidet, wird diese kritische Situation nur dann erträglich gestalten können, wenn sie fest zu ihrer Organisation steht. Mehr noch als bei gutem Geschäftsgang ist bei einer Wirtschaftskrise die Gewerkschaft Schutz und Halt der Ar-beiter, die ohne die Organisation der Welt der Unter-nnehmer preisgegeben sind. Viele erst kurze Zeit organisierte Kollegen und Kolleginnen mögen daran denken, damit sie nicht erst durch Schaden klug werden müssen.

### Aus unserer Bewegung im Stein-druck-gewerbe

#### Berlin.

Die Vereinbarungen über neue Zulagen sind hier fol-gende: Die wöchentliche Bohnerhöhung beträgt für Schlei-fer über 24 Jahre 10 687 (10 588) M., von 21 bis 24 Jahren 8874 (8871) M., von 19 bis 21 Jahren 7589 (7586) M., über 18 Jahre 6687 (6686) M. Die eingetragenen Zahlen verstehen sich für Ledige. Bei den Strohträgern verringert sich die Zulage um 2 bis 3 M. in jeder Alters-klasse. Für Angelernten wurde die Zulage auf 6773 M. und für Bogenfängerinnen auf 6771 M. festgesetzt. Sonstige geübte Hilfsarbeiterinnen erhalten, sofern sie über 18 Jahre alt sind, 5884 M. und über 21 Jahre alte Hilfsarbeiterinnen 6864 M. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit bis 30. März, können aber einer Nachprüfung für die Zeit vom 17. bis 30. März unterzogen werden, wenn eine wesentliche Verleuerung der Lebenshaltung eintritt.

#### Dresden.

Die neuen Bohnerhöhungen des Stein- und Licht-druckereipersonals gelten vom 3. bis 30. März und betragen bei Hilfsarbeitern von 17 bis 18 Jahren 5456,50 M., bis 24 Jahre 6296,30 M., bis 22 Jahre 7516,50 M., bis 24 Jahre 8518,70 M., über 24 Jahre 10 021,50 M. Für Angelernten stellt sich die wöchentliche Bohnerhöhung auf 6124,25 M. und für Hilfsarbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren auf 4454 M., über 18 Jahre 5567,50 M.

#### Nürnberg-Fürth.

Es erhalten an neuer Zulage alle männlichen Hilfs-arbeiter:

von 16 bis 18 Jahren	6236
„ 18 „ 21 „	7573
„ 21 „ 24 „	8519
„ über 24 „	10300

Anteigerinnen, Fängerinnen und Matulaturgeherinnen 7238.

Gobdauflegerinnen		Sonstige Hilfsarbeiterinnen	
von 16 bis 18 Jahren	5791	5123	
„ 18 „ 21 „	6514	5763	
„ über 21 „	7238	6408	

Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie nicht an der Maschine oder als Gobdauflegerinnen tätig sind, 3711 M. Die bisherige Entschädigung für Bronzier-, Ruder- und Abstaubarbeiten wird in allen Positionen um 100 Proz. erhöht.

### Aus unseren Zahlstellen

Berlin. Mitgliederversammlung am 4. März 1923. In-folge der reichhaltigen und sehr wichtigen Tagesordnung war ein sehr guter Besuch der Versammlung zu verzeichnen. Kollege Glosch erläuterte den im Mitteilungsblatt gedruckt vorliegenden Jahresbericht für 1922. Die Bemühungen des Ortsvorstandes während des verflochten Jahres, die Not-lage unserer Kollegenschaft einzudämmen, sind nicht ganz

ohne Erfolg geblieben. Besonders erfreulich war, daß das mit Ausnahme des Zulagestreits ohne große Opfer der Kollegenschaft möglich war. Ein besonderes Hindernis bildete der alte Reichstaxi. Die Vorarbeiten für den neuen Tarif stellten ganz besondere Anforderungen an die Ver-waltung; um so mehr ist die geringe Beteiligung bei der Urabstimmung über diesen Tarif zu bedauern und läßt die Frage aufwerfen, ob es bei einer derartigen Beteiligung überhaupt möglich ist, die Stimmung der Kollegenschaft zu erründen. Die Mitgliederzahl steigerte sich um über 2800 auf 13 772. Leider kann über unsere drücklichen Finanzen nichts Erfreuliches berichtet werden. Das Ortsvermögen ist durch den Zulagestreit aufgeschwemmt worden, und die geringen Erhöhungen des Ortsbeitrages konnten die vermehrten Aus-gaben nicht decken. Der im Interesse unserer Jugendlichen aufgewandte Betrag von jährlich etwa 200 000 M. bildet einen erheblichen Posten in unserem Etat, muß aber als durchaus notwendig bezeichnet werden. Die Ortsverwaltung glaubt alles getan zu haben, um die Interessen der Kollegenschaft im Berichtsjahr zu wahren, und sieht einer Kritik ihrer Tätigkeit mit dem Bewußtsein entgegen, daraus An-regungen und Besserungen für ihre fernere Tätigkeit ent-nehmen zu können.

Kollege Wiantenburg erläuterte den Kassenbericht. Durch die Einführung der a-conto-Kassierung in den Betrieben ist eine vollständige Beseitigung der Unregelmäßigkeiten erzielt worden. Die Einrichtung der Zahlstellen für Einzelzahler wird die Ausschüsse wegen reitender Beiträge erheblich herabmindern. Die durch den Tod ausgeschiedenen 63 Mit-glieder erbt die Versammlung in der üblichen Weise.

In der Diskussion schlug Kollege Siedermann vor, da-hin zu wirken, daß vom gesamten Verbandsbeitrag ein Drittel der Ortsverwaltung verbleibt. Kollege Wolter be-mängelte die Form der Urabstimmung und führte darauf die geringe Beteiligung zurück. Der Verhandlungsmodus, der die Mitgliedschaft immer wieder vor vollendete Tatsachen stellt, muß geändert werden. Kollege Preißing wünschte, daß durch gemeinsame Arbeit die Gefahren, die durch die Verbrossenheit der Arbeiterschaft entstehen, gebannt werden mögen. Kollege Marx sah in der bisherigen fachlichen Dis-kussion einen erfreulichen Fortschritt innerhalb unserer Kollegenschaft. Wenn das materielle Ergebnis der Verhand-lungen nicht immer befriedigend war, so muß dem gegen-übergestellt werden die Lage derjenigen Kreise, die eine ge-werkschaftliche Organisation wenig oder gar nicht besitzen und deren Lage eine viel schlechtere ist, als wir sie erhalten konnten. Das Problem unserer Arbeitslosen hat den Orts-vorstand wiederholt beschäftigt. In der Beseitigung der Sonntagsarbeit und der Leberstundenbeschleierei sahen wir das geeignetste Mittel, unsern Arbeitslosen zu helfen. Es muß hier der Appell an die Kollegenschaft gerichtet werden, den Ortsvorstand darin zu unterstützen. Kollege Großmann ging ebenfalls auf die von den einzelnen Rednern geübte Kritik ein. Die von ihnen berührte Gefahr der unioniischen und syndikalistischen Bewegungen findet ihren Nährboden hauptsächlich in Großbetrieben, und da wird leider von un-seren freigewerkschaftlichen Funktionären viel veräumt. Die von der Verwaltung mit aller Kräfte gefördernden Bildungs-bestrebungen werden von unseren Mitgliedern und Funk-tionären sehr wenig benutzt und bilden doch ein Mittel, die Arbeiterbewegung zu fördern.

Am Schlusswort stellte Kollege Glosch die Behauptung Brostas, daß in einzelnen Gauen schon auf 250 bis 500 Mit-glieder ein bis zwei Angestellte kämen, richtig. Auch im übrigen richtete sich die Kritik weniger gegen die Tätig-keit des Ortsvorstandes, als gegen den Hauptvorstand. Der Ver-schlag Siedermanns gehört in den Aufgabebereich des Ver-bandstages. Nach einem Antrag von Lobe erklärte sich die Versammlung mit der Tätigkeit des bisherigen Ortsvor-standes gegen eine Stimme einverstanden.

Nach der vorausgegangenen ausgedehnten Debatte und Abstimmung ging die Neuwahl der unbesetzten Vorstands-mitglieder schneller vor sich. Der beantragten Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder wurde der Wunsch gegenübergestellt, auch Kollegen aus der Mitte der Ver-sammlung heraus vorzuschlagen. Bei der Abstimmung er-folgte die Wiederwahl der bisherigen unbesetzten Vor-standsmitglieder gegen einige Stimmen. Für die ausge-schiedene Kollegin Dörfel tritt der Kollege Scherffing (Stein-druckbranche) in den Ortsvorstand.

Wie Kollege Glosch dann mitteilte, ist es uns gelungen, die durchaus im Interesse der Berliner Kollegenschaft liegende Befehung des Hauptvorstandes wieder durch die Berliner Zahlstelle vornehmen zu können. Nach einer längeren De-hatte, in der u. a. Kollege Schäfer die Notwendigkeit betonte, nur solche Kollegen zu wählen, die instand sind, die Inter-essen der ganzen deutschen Kollegenschaft zu vertreten, wur-den die Kollegen Spatthoff, Henel, Reich, Wolter, Brostas und Preißing in den Hauptvorstand gewählt. Kollegen Glosch und Orshmann hielten es für notwendig, wenigstens eine Kollegin in den Hauptvorstand zu delegieren und ersuchten

